



SCHWERPUNKT, S. 2-5

Wirtschaftspolitik - Was kommt nach dem desaströsen Scheitern des Kapitalismus?

ÖKOLOGIE, S. 7

Das Steak als Umweltsünde - Wie die Fleischindustrie den Klimawandel verstärkt

KIRCHENPOLITIK, S. 10-11

Im Kampf gegen die Moderne: Erzkonservative Kirchenklüngel und eifernde Eltern

SEX & GESCHLECHT, S. 12-14

Vom Kussverbot und unfreiwilliger Prostitution zum Transsexuellengesetz

# tendenz

| SOMMER 2009

| SONDERNUMMER  
WIRTSCHAFTSKRISE

Zeitung der JungdemokratInnen/Junge Linke | A7408F-JD/JL, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

## Die Blasen

## sind nicht das

## Problem!

Die Krise, das Ende des Neoliberalismus und das Revival des wirtschafts-demokratischen Marktsozialismus | ab S. 2

# It's crisis, folks!

## Das Ende der Marktgläubigkeit und die Rettung des Kapitalismus

**In Zeiten der Wirtschaftskrise mischen sich Staaten stärker in wirtschaftliche Abläufe ein. Sozialismus bedeutet das aber noch lange nicht. Vielmehr soll der Kapitalismus gerettet werden. Einen krisenfreien Kapitalismus kann es jedoch nicht geben!**

In den USA hat die Finanzmarktkrise ihren Ursprung im Zusammenbruch des Suprime-Marktes.



Suprime-Kredite sind Darlehen, die ganz bewusst an VerbraucherInnen mit sehr geringer Kreditwürdigkeit vergeben werden. Es wurde von Anfang an mit höheren Ausfällen aufgrund von Zahlungsunfähigkeit der SchuldnerInnen kalkuliert. Die Immobilienpreise stiegen in den USA stetig bei gleichzeitig sinkendem Zinsniveau.

Ab 2004 stieg jedoch das Zinsniveau von 1% auf 5,25% an, die Suprime-Kredite verteuerten sich dadurch und es gab auf Seiten der SchuldnerInnen massive Zahlungsausfälle. Die Folge war, dass unzählige beliebige Immobilien zwangsversteigert wurden. Durch das Überangebot auf dem Immobilienmarkt verfielen die Preise und die Kreditinstitute verbuchten massive Verluste.

Das große Problem war, dass diese ‚faulen Kredite‘ mit anderen Finanzmarktprodukten in Anlagepaketen geschnürt und in die ganze Welt mit sehr hohen Gewinnversprechungen verkauft wurden. Nachdem nun der Suprime-Markt zusammen gebrochen war, mussten alle Banken weltweit sehr hohe Verluste hinnehmen. Die Folge ist, dass sich die Banken untereinander kein Geld mehr leihen, da das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit verloren gegangen ist. Die Auswirkung auf die produzierende Wirtschaft ist, dass die Banken kaum noch Kredite vergeben und Investitionen massiv zurückgehen. Die Weltwirtschaft wird aufgrund der Krise schrumpfen.

Insbesondere die Situation der Entwicklungsländer ist dramatisch. Dort ist die Wirtschaft

zumeist nur auf den Abbau von Rohstoffen und die Landwirtschaft fixiert. Es existiert so gut wie keine industrielle Binnenproduktion. Sobald also die weltweite Nachfrage nach Rohstoffen nachlässt, hat dies drastische Folgen für die gesamte Bevölkerung des Landes und nicht nur für einen Teilbereich. Aufgrund von Korruption im Staatssystem und den bestehenden Eigentumsverhältnissen war die Bevölkerung sowieso nur in einem sehr geringen Umfang an den Erträgen der Ausbeutung der Ressourcen beteiligt. Jetzt reduziert sich diese Beteiligung massiv.

### Krise als permanenter Zustand des Kapitalismus!

Grundsätzlich ist das kapitalistische System davon gekennzeichnet, dass es ständig Krisen



hervorrufen. Zwar können durch soziale Kämpfe politische Verbesserungen erreicht werden, ein dauerhaft sozialer, friedlicher und vor allem krisenfreier Kapitalismus ist aber nicht möglich. Der Kapitalismus besitzt ein systemisches Destruktionspotential. Im Konkurrenzverhältnis zwischen den ProduktionsmittelbesitzerInnen muss es GewinnerInnen und VerliererInnen geben, da das Kapital nach immer höheren Profiten strebt. Bei diesem Prozess werden die menschlichen und natürlichen Ressourcen ausgebeutet - soweit dies nicht durch soziale Errungenschaften eingeschränkt ist. Dies ist kein boshafter Prozess von irgendwelchen ‚bösen‘ KapitalistInnen, sondern die innere Logik und Funktionsweise des Kapitalismus. Ein Kapitalismus ohne diese Destruktivkräfte ist nicht denkbar.

Da die Produktion von Waren und Gütern selbstverständlich nicht ins Unendliche wachsen kann, existiert nicht nur der ‚unmittelbare‘ Markt, sondern auch der Finanzsektor, um diese ‚Überakkumulation‘ - diese irrationale Steigerung der Produktion von Waren und Gütern - auszugleichen. Der Finanzsektor schafft neue Absatzmöglichkeiten und beschafft neues Kapital zur Investition, um Profite zu halten und zu steigern.

### Politische Reaktionen

Deutschland trifft die weltweite Wirtschaftskrise deshalb stark, da es einen großen Teil seiner Waren exportiert und beispielsweise die Maschinen- und Automobilindustrie erheblich von diesen Exporten abhängig sind. Hinzu kommt, dass eine Reihe von Banken (vor allem auch Banken der Bundesländer) sich massiv verspekuliert hatten. Bspw. wurden die Anlagepakete nach dem Zusammenbruch des Suprime-Marktes fast wertlos.

Die Politik handelte entsprechend zügig. Sie stützte systemrelevante Bereiche der kapitalistischen Wirtschaft. Am Wirtschaftssystem änderte sie aber grundsätzlich nichts. Viele Länder haben Konjunkturprogramme aufgelegt, um die größten Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise abzumildern. Ob dies jedoch längerfristig Wirkung erzielt, ist umstritten und wird wohl erst in der Rückschau zu beurteilen sein.

Auch bei den Konjunkturprogrammen gilt, dass Gewinne der kapitalistischen Wirtschaft privatisiert, die Verluste jedoch sozialisiert werden. Unternehmen, die staatliche Unterstützung erhalten, schütten weiterhin Dividende aus. Dies steht in der Logik einer kapitalistischen Politik. Noch vor einigen Jahren wurden mit dem Verweis auf den Schuldenabbau des Staates von der damaligen rot-grünen Regierung die Sozialleistungen massiv gekürzt und abgebaut. Einige Jahre später ist es jedoch scheinbar problemlos möglich, hunderte Milliarden Euro in die Rettung von Banken zu pumpen.

Der Staat wird bei einigen Banken Mehrheits- oder Anteilseigner. Es könnte der Eindruck entstehen, dass eine sozialistische Verstaatlichung stattfindet, aber genau das ist nicht der Fall. Die Beteiligung des Staates dient lediglich dazu, profitorientierte, privatwirtschaftliche Unternehmen zu stützen. **Weiter Seite drei unten ...**



# Ex und Hopp: Der neue Auto-Populismus

Ein Kommentar von Astrid Papendick

Die „Richtlinie zur Förderung des Absatzes von Personenkraftwagen“ - beschönigend auch „Umweltprämie“ genannt - ist eine der Maßnahmen, die das Bundeskabinett als Reaktion auf die andauernde Wirtschaftskrise am 14. Januar 2009 beschlossen hat. Das ursprünglich vorgesehene Budget von 1,5 Milliarden Euro wurde wegen des großen Erfolgs der Prämie am 25. März auf fünf Milliarden Euro aufgestockt.

Die soziale Komponente der Prämie wurde nur kurz diskutiert. Es ging um die Frage, ob denn auch Hartz IV-BezieherInnen in den Genuss der Förderung kommen könnten. Geht natürlich nicht, denn solch eine Klientel mag niemand beschenken. Zielgruppe fürs Abwracken sind jene, die kaufkräftig genug sind, ihr funktionierendes Auto mal eben einzutauschen - vermutlich ein nicht unerheblicher Teil der WählerInnen der Koalitionsparteien.

Die BefürworterInnen des Geldregens für Neuwagen sind bei den Wirtschaftsverbänden und -expertInnen deutlich in der Minderheit. Außer direkten NutznießerInnen wie dem Zentralverband Deutsches Kfz-Gewerbe und VW-Chef Martin Winterkorn fanden sich kaum AnhängerInnen. Einzelhandelsverbände kritisierten, dass nur der Kauf von Autos und nicht von Sofas bezuschusst wird. Daimler findet nicht gut, dass die BürgerInnen überwiegend Kleinwagen von Daihatsu, Hyundai und Lada kaufen. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW), das Ifo-Institut und der Industrie- und Handelskammertag (DIHK) kritisierten Wettbewerbsverzerrungen und die mangelnde Wirksamkeit von Geldgeschenken an Einzelne als konjunkturelle Maßnahme.



Der Einbruch des Gebrauchtwagenmarktes, abebbende Nachfrage nach allen anderen größeren Anschaffungen, kurz: mangelnde Nachhaltigkeit liegen auf der Hand. Sogar der Fachverband Schrott, dank „Umweltprämie“ mit reichlich Arbeit versorgt, gab den Hinweis, dass nun überwiegend brauchbare Fahrzeuge in die Verschrottung wandern. Verbände wie Verkehrsclub Deutschland (VCD) und Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) brachten es auf den Punkt: Die Prämie ist klima- und wirtschaftspolitischem Irrsinn. Ein altes Auto durch ein neues zu ersetzen ist nicht per se umweltfreundlich: Spritschlucker werden genauso subventioniert wie sparsame Autos. Die Herstellung der neuen Autos und die Verschrottung von Wagen mit akzeptablen Abgaswerten ist natürlich in keiner Ökobilanz eingerechnet. Man möge sich ausmalen, wie schön es gewesen wäre, würden der ÖPNV oder soziale Projekte mit vergleichbaren Summen gefördert - aber nein, es müssen Autos sein.

Die Regierungskoalition hält unbeirrt am „Erfolg“ der Abwrackprämie fest. Dieser wird indes an der Anzahl der AutobesitzerInnen gemessen, die sich einen Neukauf mit 2500 Euro versüßen lassen wollen. Vermutlich misst die Regierung den „Erfolg“ auch an der großen medialen Aufmerksamkeit: „Abwrackprämie“ ist eines der meistgesuchten Wörter im Internet. Alle Zeitungen quellen seit Monaten mit Ratschlägen zur Antragstellung und mit Kommentaren über. Eines solchen Echos konnte sich keine Regierungskampagne der letzten Jahre erfreuen. Gegenüber dieser Regierungsbilanz müssen Konjunktur und Umwelt wohl zurücktreten.

## Das Ende des Neoliberalismus?

Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich nur spekulieren, was jedoch als ziemlich sicher anzusehen ist, dass der Glaube an den alles regelnden Markt verloren ist. Es hat sich drastisch gezeigt, dass die Theorie vom alles regelnden Markt, sofern man ihn nur ungehindert bzw. unreguliert laufen lässt, sich mit einem finalen Zusammenbruch verabschiedet hat.

Auf dem G20 Gipfel in London im März 2009 haben sich die Staats- und Regierungschefs unter anderem darauf geeinigt, dass neue Kontrollen und Regulierungen der Finanzsysteme installiert und geschaffen werden sollen. Freilich fand dort keine Debatte über einen Systemwechsel statt, sondern es wurde sich darauf geeinigt, das bestehende System kosmetisch an einigen Stellen zu ändern.

Torsten Schulte

## ANZEIGE

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

Probier'it kostenlos

graswurzel revolution

www.graswurzel.net

# Democratize your Economy

## Wirtschaftsdemokratisches Revival in der Krise?

Der Kapitalismus ist am Ende! Das sehen manche Neoliberale so, die in der halbherzigen staatlichen Krisenbekämpfungspolitik durch Konjunkturprogramme, Re-Regulierung und eine (eventuelle) Bankenenteignung den Sozialismus vor der Tür stehen sehen. „Nicht zu viel tun!“ lautet die Devise. Die findet man auch in selbsternannten linksradikalen antikapitalistischen Kreisen, denen jeder Reformvorschlag zu systemimmanent ist. Dabei ist es richtig und wichtig, dass politische antikapitalistische Positionen (im Unterschied zu schöngestigen oder folkloristischen) gestärkt werden müssen.

Bezüge zu Wirtschaftsdemokratie finden sich in jüngsten Veröffentlichungen und Verlautbarungen von Gewerkschafterinnen, linken Intellektuellen und selbst in dem aktuellen Versuch einer neuen Positionsbestimmung der SPD-Linken. In der sozialdemokratischen Variante kranken sie aber vor allem daran, dass der kapitalismuskritische Gehalt wirtschaftsdemokratischer Ideen und damit deren Perspektive in den Grenzen des kapitalistischen Systems unterbelichtet bleibt.

Demokratie und Kapitalismus vertragen sich nicht gut. Zwar ist die Vielfalt denkbarer kapitalistischer Zustände groß und es muss unser Hauptziel sein, den Kapitalismus in jedem Moment zu seinem Besseren zu verändern. Letztlich aber können demokratische Verhältnisse nur durch die Überwindung des Kapitalismus durchgesetzt und dauerhaft gesichert werden. Dies gilt umso mehr für Radikaldemokratie, die in ihrem umfassenden Anspruch die Demokratisierung aller Lebensbereiche verfolgt und damit unvereinbar ist mit dem notwendigen Moment von Fremdbestimmung im Arbeiten unter kapitalistischen Bedingungen.

### Der Plan wird's nicht richten

Viele denken bei der Überwindung des Kapitalismus an Planwirtschaft. Das ist aber begrifflich nicht richtig. Die Gegensatzpaare sind kapitalistisch : sozialistisch (gemeinwirtschaftlich) und marktwirtschaftlich : planwirtschaftlich. Planwirtschaft, ob sozialistisch oder nicht, ist keine demokratisch akzeptable Alternative zum Kapitalismus.

In ihrer - nie verwirklichten - Reinform beruht Planwirtschaft auf der Idee der direkten Verteilung von Gütern aufgrund reiner Arbeitsleistung. Dies setzt voraus, dass nicht nur

Produktion, sondern auch Bedürfnisentwicklung voraussehbar und planbar sind. Zudem beruht die Planwirtschaft auf der Fiktion eines vollständig transparenten Produktionsprozesses. Von besonderer Bedeutung sind aber neben den ökonomischen Mängeln auch die politischen: Der Versuch einer umfassenden Planung aller wirtschaftlichen Prozesse setzt einen bürokratischen Apparat gigantischen Ausmaßes voraus. Die Komplexität des Gegenstands ist dabei so hoch, dass eine Kontrolle dieses Apparates durch politische Institutionen Fiktion bleiben muss. Solch eine Lenkung des Wirtschaftssystems führt zu Bürokratieherrschaft.

### Wirtschaftsdemokratischer Marktsozialismus

Menschliches und demokratisches Wirtschaften bedarf deshalb einer mixed economy, in der Plan- und Marktelemente ihren Platz haben. Dabei kommt dem Plan vor allem in Bereichen der Infrastruktur ein zentraler Stellenwert zu: Etwa das Gesundheitswesen und das Bildungssystem, aber auch die Energieversorgung und das Verkehrswesen sollten staatlich geplant werden. Auch eine starke Regulierung der Wirtschaftstätigkeit auf gesamtwirtschaftlicher Ebene hat eher Plancharakter. Sie kann unter anderem Investitionslenkungen und -verbote sowie strukturpolitische Maßnahmen enthalten. Die Produktion und Verteilung sonstiger Güter und Dienstleistungen erfolgt jedoch über den Markt. Dabei ist wichtig, dass es sich um einen stark regulierten Markt handelt, in dem Unternehmen und Betriebe weitestgehend demokratisiert sein sollen - etwa durch die Förderung genossenschaftlicher Organisa-

tion und die Ausweitung der Mitbestimmung. Der wirtschaftsdemokratische Kerngedanke dabei ist die stetige Zurückdrängung der privaten Verfügungsgewalt über Produktions- und Investitionsmittel und der Abbau autoritärer Herrschaftsverhältnisse. Gerade diese herrschaftskritische Perspektive führt dazu, dass im wirtschaftsdemokratischen Denken die Demokratisierung der Ökonomie in einen Zusammenhang gestellt wird mit gesamtgesellschaftlicher Demokratisierung. Es eröffnet somit Anknüpfungspunkte auch für Akteure und Bewegungen, deren politisches Handeln sich nicht vorrangig auf den Bereich der Wirtschaft bezieht.

### Für ein demokratisches, linkes Hegemonieprojekt

Wirtschaftsdemokratie ist immer noch mehr politischer Wunsch als eine von politischen Akteuren zielgerichtet vorangetriebene Strategie. Gleichwohl öffnet die aktuelle Wirtschaftskrise die Tür für wirtschaftsdemokratische Interventionen: Sie zeigt einmal mehr, dass das mit der privaten Verfügungsgewalt über Produktions- und Investitionsmittel verbundene Ziel der Profitmaximierung als Maxime allen Wirtschaftens den Interessen eines Großteils der Menschen zuwiderläuft. Was jetzt gebraucht wird, ist der Mut, den kapitalismuskritischen Gehalt wirtschaftsdemokratischen Denkens wieder ernst zu nehmen und zur Grundlage eines neuen linken Hegemonieprojektes zu machen. Für Perspektiven jenseits von tagespolitischer Ideenlosigkeit und vulgärem Anti-Reformismus.

*Arbeitskreis Wirtschaft & Soziales,  
JD/JL Hessen*



# Alles wie immer, nur schlimmer

Die Krise und falsche Vorstellungen davon



Die Krise ist in aller Munde. Der linke Mainstream wähnt sich auf dem Vormarsch - weil doch die Leute jetzt endlich mal begreifen müssten, dass der Kapitalismus scheiße ist - und präsentiert seine Analysen und Gegenkonzepte, die noch immer so problematisch sind wie vor der Krise.

Im März 2009 rief der Spitzenkandidat der Linkspartei, Lothar Bisky, dazu auf, den „Sumpf aus Gier und Spekulation“ trocken-zulegen. Er wettete gegen „maßlos übersteigertes Renditestreben“ und mangelnde „gesellschaftliche Solidarität“. Ähnliches lässt auch Oskar Lafontaine vom Stapel. Dieses Gepolter ist zwar nichts Neues, aber immer noch problematisch: Nicht nur Bisky geht davon aus, dass es im Kapitalismus ein normales, unschädliches Renditestreben gebe. Dabei ist dem Prinzip der Kapitalakkumulation zunächst keine Grenze gesetzt. Jede\_r Kapitalist\_in ist gezwungen, immer mehr zu erwirtschaften, weil er oder sie sonst von der Konkurrenz platt gemacht wird. Die einzige Grenze ist die Krise, in der die Überproduktion vernichtet wird. In der momentanen Krise ist es die Überakkumulation im Finanzsektor: In Form von Hypotheken gemachte Versprechen können nicht eingelöst werden. Die betroffenen Banken sind nicht mehr liquide und bekommen deswegen auch kein Geld von anderen Banken geliehen.

## Prinzip Gewinnmaximierung

Nicht nur Banken werden von der Krise geschädigt: Derzeit ist auch die europäische und amerikanische Autoindustrie in ihrer Existenz bedroht, weil sie mehr verkaufen müsste, als der Markt ihr abnimmt. Durch Konkurrenz dazu gezwungen, produzieren Firmen immer mehr, bis sie keinen Absatz mehr für ihre Produkte finden. Ohnehin ist es nicht sinnvoll, die Ökonomie in böse Banken und gute Fabrikant\_innen aufzuteilen: Beide Teile arbeiten nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung, das sich im Zweifel einen Dreck um die beteiligten Menschen schert.

Die Unterscheidung zwischen einer guten Real- und einer bösen Finanzwirtschaft ist nicht nur falsch, sondern auch gefährlich: Sie verleitet dazu, die negativen Seiten des Kapitalismus als Gier zu externalisieren und einer Gruppe in die Schuhe zu schieben, die nicht mehr zum Kollektiv gehört: Für viele - auch für einige Linke - sind das vor

allem amerikanische Manager\_innen; für gestrige und heutige Nazis ist diese Gruppe das internationale Finanzjudentum. Im Gerede von „den Bankern von der Ostküste“ gehen Antiamerikanismus und Antisemitismus Hand



in Hand. Nicht alle denken, dass allein das persönliche Verschulden von Manager\_innen die Krise hervorgebracht hat. Einige Linke finden den Kapitalismus deshalb schlimm, da die Gewinne immer nur den Reichen zufließen würden. Grade in

der Krise, wo Millionen Menschen arbeitslos werden und eine halbe Milliarde Euro für die Sanierung der Banken bereitgestellt wird, zeige sich diese Ungerechtigkeit. Als Gegenmodell wird eine demokratische Kontrolle der Wirtschaft und eine solidarische Verteilung der Gewinne vorgeschlagen. Zwar wird so der Kapitalismus als Problem genannt, nur wird das Problem nicht erkannt, das der Kapitalismus ist: Die unterschiedliche Verteilung der Gewinne ist nur das Ergebnis einer verqueren Logik.

## Produktion für die Produktion

Auch wenn die Manager\_innen Boni in Millionenhöhe bekommen, sind diese Boni immer noch Peanuts im Vergleich zu den Summen, die vom Gewinn wieder reinvestiert werden, damit die Produktion erweitert weitergehen kann. Der Kapitalismus produziert zwar eine Klassengesellschaft, diese ist jedoch nur das Ergebnis einer Produktion um der Pro-

duktion willen, in der die Bedürfnisse aller Menschen - egal ob reich oder obdachlos - nachrangig sind. Armut und Elend für einige und Arbeitszwang für alle sind das alltägliche Ergebnis dieser Produktionsweise, auch dann, wenn es gerade keine Krise gibt.

Es bleibt offen, warum eine Regulierung dieser Elendsmaschine, die nur staatlich vonstatten gehen kann, überhaupt eine politische Forderung sein sollte. Sie macht weder als radikale Forderung Sinn, noch ist sie im aktuellen politischen Tagesgeschäft durchsetzbar. Die Mehrheit der Gesellschaft ist momentan für die Abschaffung der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht zu haben, auch nicht die Linkspartei. Wer nur in Krisenzeiten auf die Straße geht, hat mit dem kapitalistischen Alltag wohl kein Problem. Wenn Leute nur gegen die Krise auf die Straße gehen, die angeblich andere verursacht haben und für die sie nicht zahlen wollen, kann mensch lange auf ein emanzipatorisches Bewusstsein warten. Dagegen gilt es an einer Kritik der Gesellschaft festzuhalten, die aufs Ganze zielt.

*David Waldecker*





## 60 Jahre Nato!

Anfang April feierten diverse Staats- und Regierungschefs den 60. Geburtstag einer Organisation, die ihrer Meinung nach maßgeblich zu Frieden und Sicherheit in der Welt beigetragen habe - der NATO.

Nur vier Jahre vor ihrer Gründung hatten die Vereinten Nationen in ihrer Gründungscharta das Ziel formuliert, internationale Konflikte zu verrechtlichen und hierzu ein Netz regionaler Strukturen aufzubauen. Diese sollten für „kollektive Sicherheit“ sorgen, indem Konflikte durch Vermittlung oder sanfte Sanktionen durch Nachbarstaaten gelöst werden können, bevor es tatsächlich zu Kriegen kommt. Die NATO verfolgte einen anderen Ansatz. Der Kommunismus sollte zurückgedrängt werden. Hierbei wurde selbst der Einsatz von Atombomben nicht ausgeschlossen. Nachdem in den 60er Jahren klar wurde, dass eine Eskalation nicht zum Erfolg führen konnte, gab es eine Reihe von Konferenzen, bei denen schließlich 1975 die „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) herauskam, die dazu führte, dass die Kaltkriegsgegner zumindestens miteinander reden mussten.

Nach dem Ende des Warschauer Paktes wurde die KSZE zur „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) umgewandelt und sollte nunmehr eine Funktion als regionale Sicherheitsstruktur spielen. Doch dazu kam es nicht. Denn bereits die Anerkennung der OSZE als Schiedsrichter bei zwischenstaatlichen Konflikten in Europa durch die UN scheiterte stets daran, dass die US-Regierung intervenierte. Genauso wie auch die EU der NATO vertraglich ein allgemeines Vetorecht zuschrieb. Dies ist insbesondere unpraktisch, da die OSZE verhältnismäßig erfolgreich bei Prävention und Krisenmanagement ist. Zumindest dort, wo ihr keine Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. So erging es beispielweise beim Kosovo-Konflikt 1999, als die OSZE-Beobachter\_

innen nur drei Tage nachdem sie Erfolge bei der Mission vermeldeten, abgezogen wurden, da die NATO doch lieber Bombardierungen durchführen wollte. Auch ansonsten werden sowohl NATO als auch die Militarisierung der EU der OSZE vorgezogen. Dies ist insbesondere deshalb ein Problem, weil erstere weniger Sicherheitsfragen als vielmehr wirtschaftliche Vorteile ihrer Mitgliedsstaaten im Blick haben. Bei der OSZE tritt dies weniger stark auf, weil neben allen europäischen Staaten auch die Nachfolgestaaten der Sowjetunion Mitglieder sind und dadurch derart viele Partikularinteressen vorliegen, dass nahezu immer eine große Mehrheit für den Erhalt des Friedens vorhanden ist. Hierbei ist Frieden nicht allein als Abwesenheit von Krieg zu verstehen. Stattdessen spielen auch Themen wie Demokratie und wirtschaftliche und ökologische Entwicklung hinein.

Doch warum muss man die NATO auflösen,

wie die Friedensbewegung fordert. Kann man denn nicht mehrere parallel existierende Sicherheitsstrukturen haben?

Grundsätzlich wäre dies möglich, aber von einer NATO, die 60 Jahre lang stets nur den Konflikt suchte und mittlerweile wieder über atomare Erstschläge redet, geht eher eine Gefahr als eine Sicherheit aus. Ähnlich sieht es mit militärischen Ambitionen der EU aus. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU wird stets die gemeinsamen außenpolitischen Interessen der EU durchsetzen. Dies ist völlig logisch. Daher besteht natürlich die Gefahr, dass die finanzielle Unterausstattung der OSZE durch diejenigen Staaten, die stark genug sind, um keinen Schiedsrichter zu brauchen, sich weiter verschärfen wird. Ein Dilemma, das solange bestehen wird, wie es Staaten gibt, die mächtig genug zu glauben, auf Sicherheitsbündnisse verzichten zu können.

*Lasse Klopstein*

### Bespitzelungsstaat austricksen!



#### RFIDs zerstören

Mehr Sicherheit  
für deine Daten!

RFID-Chips sind Chips, auf denen Daten gespeichert sind, die auch per Funk ausgelesen und geortet werden können. Sie befinden sich z.B. in Reisepässen, Personalausweisen oder Bankkarten. Um sich nicht überwachen zu lassen, muss man nur den Chip zerstören

oder ihn von der Antenne trennen, damit er nicht mehr funken kann. Leider hinterlassen die meisten Methoden einen mehr oder weniger offensichtlichen Schaden. Man kann den Chip mit einem Locher entfernen, ihn in der Mikrowelle grillen oder durch häufiges Knicken die Verbindung zwischen Chip und Antenne kappen. Wer sich einen so genannten RFID-Zapper bastelt und damit den Chip zerstört, hinterlässt keine Spuren. Dazu mehr auf unserem Sommercamp.

# Beim Klima geht's um die Wurst

## Fleischproduktion und Klimawandel

Ein großer, grüner Geist ist auf dem Flugblatt zu sehen. Er kommt aus dem Hintern einer Kuh. Darüber steht: „Mampf dem Klimawandel!“ Auf der ersten großen Klima-Demo in Deutschland verteilen Tierfreundinnen und Tierfreunde die Zettel, die für eine vegane Lebensweise werben. Das war vor anderthalb Jahren. Inzwischen haben zwar auch schon andere Tierschutzorganisationen gemerkt, dass sich mit Klimaschutz Werbung für eine Welt ohne Fleisch machen lässt – bei vielen umweltbewussten Menschen ist die Botschaft allerdings noch nicht angekommen.

Der grüne Geist ist gar kein Geist, sondern bloß das Gas Methan, das Kühe beim Furzen ausstoßen. Und das hat es in sich: Es ist 23mal so schädlich für das Klima wie das bekannte Treibhausgas Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>). Dadurch können schon geringe Mengen gewaltige Folgen für das Klimasystem haben. Mehr als ein Drittel aller Methan-Ausstöße wird durch die Viehhaltung verursacht.

Noch gefährlicher ist Stickoxid. Auch wenn die absolute Menge der Emissionen nicht vergleichbar ist mit dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß: Ein Gramm Stickoxid ist fast 300mal so klimaschädlich wie dieselbe Menge an CO<sub>2</sub>. Und auch dieses Gas fällt bei der Fleischproduktion an: Mehr als die Hälfte des weltweiten Ausstoßes geht auf das Konto der Tierhaltung.

### Tierhaltung ist klimaschädlicher als Verkehr

All diese Zahlen haben sich nicht Tierschützerinnen und Tierschützer ausgedacht, die Klima-Aktivisten zum Verzicht auf Fleischkonsum missionieren wollen. Diese Angaben stammen von der Welternährungsorganisation FAO unter dem Dach der Vereinten Nationen. In einer Studie aus dem Jahr 2006 wird auch eine Gesamtklimabilanz präsentiert, die verschiedene Treibhausgase je nach ihrer Klimaschädlichkeit einbezieht. Das Ergebnis: Die Tierhaltungsindustrie ist verantwortlich für knapp ein Fünftel aller menschengemachten Treibhausgas-Emissionen, die zur Erderwärmung führen. Das ist mehr Klimagift, als im gesamten Verkehrssektor anfällt.

Verursacht wird das zwar zum größten Teil durch die besonders „klimawirksamen“ Gase wie Methan und Stickoxid; doch auch beim Kohlendioxid sind es immerhin 9 Prozent des weltweiten Ausstoßes, die verursacht werden durch Züchtung, Haltung, Fütterung, Tötung, Transport und Verarbeitung von Tieren. Gesenkt wer-

den könnte der Ausstoß durch einen Umstieg auf vegetarische Produkte, die nicht vom Tier kommen. Das hat einen einfachen Grund: Tiere verbrauchen viel Energie. Sie müssen gefüttert werden mit Getreide, das ansonsten direkt von Menschen gegessen werden könnte. Je nach Tierart wird für eine Energieeinheit Kalorie im Fleisch zwei bis 15 pflanzliche Kalorien benötigt, im Durchschnitt siebenmal so viel. Fleischessen ist in dem Sinne also Energieverschwendung.

Doch diese Energieverschwendung spielt bei vielen Umweltschutzorganisationen genauso wenig eine Rolle wie die Klimaschädlichkeit der Fleischproduktion. Die Massentierhaltung wird übersehen, ignoriert, abgetan oder kleingeredet. Zumindest bleiben die Klimaschutzkampagnen zur Senkung des Fleischkonsums bislang aus. Vielleicht ist das Thema schwer vermittelbar, weil kaum jemand um die Klimafolgen der Fleischproduktion weiß. Vielleicht eignet sich das Thema nicht als Kampagnenschwerpunkt, weil ein Großteil der Bevölkerung nicht auf Fleisch verzichten will. Die Möglichkeit, in größerem Umfang Treibhausgase einzusparen, besteht jedenfalls.

### Gemüse spart Treibhausgase

In Deutschland fällt der Anteil der „Fleisch-Emissionen“ zwar nicht so stark ins Gewicht wie in anderen Ländern, die im Industrie-, Energie- und Verkehrssektor weit weniger ausstoßen. Dennoch verursacht die Produktion von Lebensmitteln im Durchschnittshaushalt immerhin acht Prozent der Treibhausgasemissionen. Wie dieser Anteil gesenkt werden kann, hat das Öko-Institut Darmstadt vorge-rechnet. Für verschiedene Lebensmittel wurden Emissionswerte ermittelt mit Hilfe einer umfangreichen Datenbank, die nicht nur verschiedene Prozesse der Lebensmittelproduktion, sondern auch zum Beispiel deren Lagerung und Transport mit einschließt. Ergebnis: Verschiedene Gemüsesorten etwa verursachen nur ein Zehntel der Treibhausgas-Ausstöße, die bei der gleichen Menge an Fleisch anfielen. Back- und Teigwaren haben eine etwas schlechtere Klimabilanz, jedoch eine noch deutlich besser als Fleisch. Und generell gilt, dass ökologisch erzeugte Waren für das Klima leichte Vorteile haben gegenüber herkömmlichen Produkten.

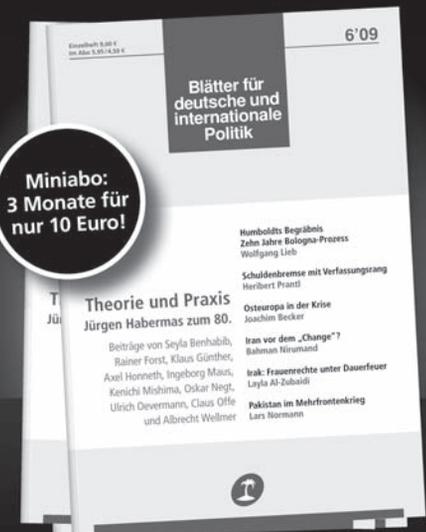
Doch Vorsicht: Richtige Öko-Esser sollten auch die kleinen Tücken und Geheim-Tricks kennen: So sind getrocknete Kartoffeln gar nicht gut fürs

Klima. Und Pommes und Butter gehen überhaupt nicht. Alle, die weiterhin Fleisch essen wollen, müssen sich eigentlich nur eins merken: Rindfleisch ist um ein Dreifaches klimaschädlicher als andere Fleischarten. Weshalb? Wegen des Furzens der Kühe. Da wird der grüne Geist auf dem Flugblatt ganz real.

Felix Werdermann

### ANZEIGE

## Theorie und Praxis Jürgen Habermas zum 80.



Wolfgang Lieb: Zehn Jahre Bologna-Prozess

Heribert Prantl: Die Bremse bremst die Länder aus

Layla Al-Zubaidi: Irak – Frauenrechte unter Dauerfeuer

Jetzt die führende politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift unverbindlich kennenlernen:  
Drei Monate für nur 10 Euro.\*

[www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)  
abo@blaetter.de | Tel. 030/30 88-3644

\*Das Miniabo endet automatisch und muss nicht gekündigt werden.

# Gemeinsam Stärke zeigen

## Der bundesweite Bildungstreik 2009

**Während des Bildungstreiks 2009 erhoben bundesweit hunderttausende Menschen gemeinsam ihre Stimme für ein alternatives Bildungswesen.**

Das deutsche Bildungssystem ist während der letzten Jahre schwerwiegend verändert worden. Massive politische und wirtschaftliche Eingriffe, wie die Einführung von Bildungsgebühren, die Privatisierung des Bildungssektors und eine Verkürzung der Bildungszeit stellen nur einige wenige Beispiele für diesen Abwärtstrend dar.

schiedensten gesellschaftlich-sozialen Gruppierungen und Organisationen. Höhepunkt der Aktionswoche waren die dezentralen Demonstrationen am Mittwoch, den 17. Juni.

Mit der Streikwoche wollte das Aktionsbündnis seine Forderungen zur Schaffung eines anderen, besseren Bildungssystems für Deutschland lautstark auf die Straßen tragen.

An den Hochschulen sollen Zulassungsbeschränkungen und wirt-

serte Lehre notwendig.

Wenn sich nun am 7. Juli auf Grund der Proteste Vertreter der HRK, der KMK, der Studierenden, der SchülerInnen und die Bildungsministerin zu einer „Studentischen Bologna-Konferenz“ treffen, ist kein bildungspo-



Die Auswirkungen reichen weit über die Lehr- und Bildungsinstitutionen (Hoch)Schule hinaus. Nicht nur die beruflichen Aussichten werden stark vom Bildungsstand beeinflusst, sondern auch finanzielle Einkünfte, soziale und kulturelle Standards und Lebensqualität. Die Bildung einer Person definiert zudem sehr stark deren sozialen Status in der Gesellschaft. Besser ausgebildete Menschen genießen ein höheres Ansehen als solche, denen ein höheres Bildungsniveau verwehrt wurde.

Der Bildungstreik 2009 sollte Bewegung in die Diskussion um das Bildungswesen bringen. Die Forderungen des Streiks knüpfen an eine weltweit laufende Protestwelle, sowie eine Globale Aktionswoche des „International Students Movement“ vom 20. – 29. April 2009 an.

Der Bildungstreik war eine bundesweite Aktionswoche, welche vom 15. – 19. Juni 2009 in rund 80 Städten im ganzen Lande stattgefunden hat. Während des Streiks kam es neben Demonstrationen zu subversiven Protesten wie den Blockaden und Besetzungen von Kreuzungen und Ungebäuden und den medienwirksamen „Banküberfällen“. Den Streik organisierte ein Aktionsbündnis aus etwa 100 ver-

schaftliche Zwänge abgebaut werden. Außerdem wird die Abkehr vom Bologna-Prozess, insbesondere von Bachelor-/Master-Studiengängen, gefordert.

Auf Seiten der SchülerInnen gehört die „Schule für Alle“ und die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems genauso zu den Forderungen wie die Beibehaltung der Möglichkeit, neun Jahre auf das Gymnasium zu gehen und nicht in acht Jahren durch die Schule gehetzt zu werden. Mehr demokratische Mitbestimmung stand sowohl bei SchülerInnen als auch Studierenden auf der Agenda.

Gut besuchte Demonstrationen und kreative Proteste brachten das Thema Bildung in die Medien und in die Politik. Die Kultusministerkonferenz (KMK) fühlte sich zum Ende der Streikwoche dann doch zu einem Gespräch mit VertreterInnen des Bildungstreikes genötigt. Die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) Dr. Margret Wintermantel zeigte Verständnis für die Kritik an der schlechten Betreuungssituation an den Schulen und Hochschulen, schloss sich jedoch ansonsten Bildungsministerin Annette Schavan an. Sicherlich müsste am Kurrikulum der einzelnen Studiengänge und des verkürzten Abiturs noch gearbeitet werden, der Bologna-Prozess sei jedoch auf europäischer Ebene alternativlos und Studiengebühren seien für einen verbes-

litischer Richtungswechsel zu erwarten. Dass Protestaktionen dennoch Einfluss auf die Politik haben können, hat sich während der StudentInnenproteste gegen die Studiengebühren gezeigt. Sie konnten die Einführung eines Bezahlstudiums hinauszögern und teilweise verhindern. Zu hoffen ist, dass eine relevante Zahl der Protestierenden sich nun weiter in Interessensvertretungen und auf der Straße der neoliberalen Bildungspolitik entgegenstellt und gleichzeitig emanzipatorische Bildungskonzepte entwirft. Denn - Bologna ist nicht alternativlos.

*Sebastian André Mangold*

### ANZEIGE

iz3w

KEINE WG  
OHNE iz3w P.

**Die Zeitschrift  
zwischen Nord und Süd**

6 Ausgaben im Jahr  
zum Studitarif für 25,80 Euro

weitere Infos: [www.iz3w.org](http://www.iz3w.org)

# Aggertal sehen und ... campen!

## Radikal für Urlaub und Veränderung

Sieben Jahre linkes Camp zur rechten Zeit in Beckerwitz an der Ostsee. 7 Jahre Fischbrötchen, Bäckerwitze und Ostsee-Romantik mit Quallen soweit das Auge reicht. Es war eine großartige Zeit, doch das alles und baltisches Meer hat in diesem Jahr ein Ende



Denn getreu dem Motto „Wenn's am schönsten ist...“ nutzen wir die Gunst der Stunde und ziehen um – zur Aggertalsperre!

Nun, im Jahre 2009, ist es Zeit für Veränderung, für Fortschritt, für Umschwung und Dynamik:

Die wunderschöne Aggertalsperre, bekannt aus Funk und Fernsehen durch ihr Mitwirken am Krombacher Werbespot (zu bewundern auf youtube), wartet sehnsüchtig auf ein jungdemokratisches Sommercamp voller Diskussionen, Parties und Cocktails, Aktionen und politischen Alternativen zu Krise, Ausgrenzung und Unfreiheit im Rest der Welt. Denn nur weil der Ort des Geschehens ein anderer sein wird, soll sich natürlich nichts an bewährten jungdemokratischen Traditionen, wie ausgelassenem Feiern und radikalem Urlaub machen, ändern.

Dazu gehören Badespaß, Tanzvergnügen, Grillgenuss – oder Zeitung lesen in der Hängematte, basteln an der politischen Ausstattung, billig Bier & Brause in der Mittagssonne trinken... Aber: Was natürlich nicht fehlen darf, weil mindestens genauso wichtig fürs Entspannen, sind die linken Inhalte! Workshops werden unter ande-

rem zu Themen wie Bedingungslosem Grundeinkommen, Überwachung und Datenschutz, Anti-Rassismus, zu Demokratie-Theorien, queer-feministischen Theorien, Kapitalismuskritik, Anti-Militarismus, Strafrecht abschaffen-Gesellschaft entknasten, Bildungspolitik oder Drogenpolitik angeboten. Außerdem wird es die „der nächste Castor rollt bestimmt (nicht!)“-Vorbereitungsgruppe geben und ansonsten ist emanzipatorische Programmgestaltung angesagt, soll heißen: Do it yourself!

Mit dem netten Städtchen und Regionalbahnhof Gummersbach direkt vor der Tür sowie Köln nur gut eine Stunde entfernt, ist die Aggertalsperre verkehrstechnisch optimal angebunden und auch für alle, die von weit her kommen, bequem zu erreichen.

Doch unser neues Sommercamp-Gewässer im Naturpark Bergisches Land ist nicht nur geografisch gut gelegen und voll bis oben hin mit klarem Süßwasser von ausgezeichneter Qualität, sondern hat auch landschaftlich einiges zu bieten, unter anderem einen Sandstrand, der einmalig im Oberbergischen ist, und die „Krombacher Insel“, die in einem Wasserschutzgebiet liegt und zahlreichen

seltener Vögel Brutplätze und Nistmöglichkeiten bietet.

Und so lässt es sich hier zwischen Diskutieren, Feiern und Ausspannen auch ganz wunderbar wandern, tauchen, angeln und vor allem Kanu fahren. Kurz gesagt, die Aggertalsperre ist der perfekte Ort, um vor dem alltäglichen politischen Wahnsinn zu fliehen, der uns in letzter Zeit vor allem: in Gestalt von Finanzkrise, Opel, Abwrackprämie, Erika Steinbach und natürlich immer wieder Hartmut Mehdorn und Killerspielen heimsucht. Daher sollte, wer wie wir das Bedürfnis hat, dem Ganzen mal 10 Tage lang zu entfliehen, Zelt, Schlafsack und Isomatte, sowie Urlaubs-laune und Hunger auf linke Politik einpacken, das Aggertal aufsuchen und mit „Bedürftigen“ aus der ganzen Republik Ideen austauschen, diskutieren und Party machen!

Anmeldung und Infos unter [www.linkessommercamp.de](http://www.linkessommercamp.de)



### ANZEIGE

Täglich. Kritisch. Anders.

Die linke Tageszeitung aus Berlin.  
Jetzt kostenlos testen:

[www.neues-deutschland.de/abo](http://www.neues-deutschland.de/abo)

Foto: aurelius/PIXELO



**Jungle World**

Wir expandieren.



Wir expandieren. Dafür suchen wir

**qualifizierte Abonnenten (m/w)**

Sie verfügen über kritisches Potenzial? Denken empfinden Sie nicht als Belastung, sondern als Freude? Sie haben Interesse an politischen und kulturellen Themen und sind bereit für regelmäßige Erschütterungen Ihres Weltbildes?

Wir bieten Ihnen eine Tätigkeit als Leser/in der Wochenzeitung »Jungle World«, unbefristet und mit flexiblen Arbeitszeiten. Bewerben Sie sich:

[jungle-world.com/karriere](http://jungle-world.com/karriere)

# Kreuzreaktionär

Fundamentalistische katholische Gruppen im Kampf gegen die Moderne

**Der Papst und der katholische Klerus sind ihnen zu „liberal“; die römische Kirche macht ihrer Meinung nach zu große Zugeständnisse an „den Zeitgeist.“ Weil diese Einschätzungen im krassen Gegensatz selbst zu den Wahrnehmungen der meisten praktizierenden KatholikInnen stehen, agieren rechte katholische Splittergruppen meist im Verborgenen und pflegen ihre erkonservativen Milieus.**

## Gegen die liberale Demokratie

Die Rücknahme der Exkommunikation des Holocaustleugners Richard Williamson und seiner Kollegen von der Piusbruderschaft löste viel medialen Wirbel aus. Dieser „Ausreißer“ lenkte aber auch von der religiös-politischen Ideologie ab, welche die Piusbrüder geschlossen vertreten. Ihre Publikationen propagieren einen erreaktionären politischen Gesellschaftsentwurf – gegen Freiheit, Demokratie und gegen die Republik.

Jede Annäherung der römischen Kirche an den liberalen, demokratischen Verfassungsstaat lehnen die Piusbrüder ab. Sie polemisieren speziell gegen die kirchliche Aner-

kennung der Glaubensfreiheit und sehnen sich nach einer Zeit zurück, in der die Päpste an der Seite des katholischen Hochadels „die liberalen Prinzipien“ – Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – verdammt.

Wie andere rechtskatholische Splittergruppen hat auch die Piusbruderschaft einen starken Hang zu Verschwörungstheorien, die für antisemitische Spektrale ideologisch anschlussfähig sind. Dass die römische Kirche sich mit der Republik – der Idee einer demokratischen Herrschaft des Volkes – versöhnte, gilt ihnen als Ergebnis eines zerstörerischen „freimaurerischen“, „liberalen“ oder sogar „kommunistischen“ Einflusses auf führende katholische Geistliche. Die Vorstellung einer solchen Weltverschwörung bildet den Hintergrund vieler Schriften des Gründers der Piusbruderschaft, Marcel Lefebvre.

## Im Zweifel für den Faschismus

Die Organisation will den Katholizismus als Staatsreligion. In einer unterkomplexen historischen Rückblende auf den vermeintlichen Kampf zwischen Kommunismus und Faschismus in den 1930er Jahren

beziehen sie klar Position – für den Faschismus. Auf den Internetseiten der Piusbrüder schreibt ihr Gründer Marcel Lefebvre über den spanischen faschistischen Diktator Franco: „Gott sei Dank erhob sich ein von der Vorsehung gesandter Mann, der verhinderte, dass Spanien dem Kommunismus verfiel.“

Das Ziel eines autoritären katholischen Staates, in dem andere Weltanschauungen möglicherweise geduldet, keineswegs aber staatlich anerkannt sein dürfen, durchzieht die politisch-religiösen Lehrschreiben Lefebvres.

## Für die Autorität

Die Piusbruderschaft propagiert eine autoritäre Durchformung des Staates und der gesamten Gesellschaft. Ihre Vorstellung von „Autorität“ bedeutet, dass die „Oberen“ gegenüber ihren Untergebenen in die Rolle eines irdischen „Stellvertreters Gottes“ eingesetzt sind: Eltern und LehrerInnen gegenüber den Kindern; die staatliche Obrigkeit gegenüber den Untertanen und kirchliche Autoritäten gegenüber ihren Untergebenen in der Kirchenhierarchie wie auch gegenüber der gesamten Bevölkerung.

Welche Blüten ein autoritär-katholisches Erziehungskonzept treiben kann, tritt bei einem zentralen Projekt der deutschen Piusbruderschaft offen zutage: dem „eucharistischen Kinderkreuzzug.“ Dieser fordert – mit der Zeitschrift „Der Kreuzfahrer“ – einen ideellen „Kampf der Kinder“, um „das Übel in der Welt zu beenden.“ Das Motto: „Bete, kommuniziere, opfere dich auf, sei Apostel!“ Angesichts solcher Erziehungsziele ist es ein politischer Skandal, dass die Bruderschaft vier staatlich anerkannte Schulen betreibt und dafür jährlich 1,1 Mio. Euro an staatlichen Zuschüssen kassiert.

*Gunther Heinisch*

Glosse

## Papst enthüllt..

...die Lösung für den Welthunger.

Doch die Welt ist dafür noch nicht reif. Skandal-Papst Benedikt XVI. (82) leistet sich einen Ausrutscher nach dem anderen.

Schon im Januar schockierte er die Öffentlichkeit, indem er lauthals verkündete, wieder mit seinem Pius-Bruder Richard Williamson (69) kommunizieren zu wollen, obwohl dieser Antisemit ist. Nicht nur Bundeskanzlerin Angela Merkel (54) reagierte mit Unverständnis. Nach den

jüngsten Äußerungen während seiner Afrika-Spritztour war die Verwirrung komplett.

Unlängst wurde bekannt, dass in Afrika viele Menschen hungern (tendenz berichtete). Deshalb trat der Papst eilig seine Afrikareise an, um dieses Leid endgültig aus der Welt zu schaffen. Noch im Flugzeug antwortete er auf die Frage eines seriösen Bild-Reporters (32), wie er denn gedenke, das zu bewerkstelligen: „Man kann das Problem nicht durch die Verteilung von Kondomen regeln.“ Weiter analysierte seine Heiligkeit messerscharf: „Ihre Benutzung verschlimmert vielmehr das Problem.“ Die Lösung liege in einem „spirituellen

und menschlichen Erwachen“ und in der „Freundschaft für die Leidenden.“ Sofort meldete sich das Kinderhilfswerk Unicef zu Wort. „Das mit dem menschlichen Erwachen kann ich ihm nur ans Herz legen.“, zischte eine Sprecherin (47). BRD-Innenminister Schäuble (66) kommentierte die „Freundschaft für die Leidenden“ als „zynisch und menschenverachtend.“ Wenn es um Hunger geht, käme es vielmehr jetzt darauf an, in Afrika „hart durchzugreifen.“ Der Grünen-Abgeordnete im Europäischen Parlament, Daniel Cohn-Bendit (64), forderte mehr Verständnis für den Papst. Er hätte es „sicher nicht so gemeint“ und sei schließlich „ein hervorragender Schachspieler.“

# Religiöser Bekenntnisunterricht gehört in die Kirche, nicht in die Schule

Die christlichen Kirchen vertrauen nicht allein auf ihre Überzeugungskraft. Das zeigte jüngst die in Berlin angetretene Initiative „Pro-Reli“, die von der katholischen und evangelischen Kirche massiv unterstützt wurde. Die Initiative wollte in einem Volksentscheid erzwingen, dass auch in Berlin konfessioneller Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach von der ersten bis zur dreizehnten Klasse angeboten wird und nicht mehr - wie bisher - ein freiwilliges Lehrangebot ohne Noten und Versetzungsrelevanz ist.

Mit großem Aufwand und viel Geld forderte „Pro Reli“ für die Berlinerinnen und Berliner „Wahlfreiheit“, rief den Tag der Volksabstimmung Ende April zum „Tag der Freiheit“ aus und stellte diesen in eine Reihe mit dem Ende der faschistischen Diktatur in Portugal, der Apartheid in Südafrika und der Nazi-Herrschaft in der Tschechischen Republik. Kleiner geht's offenbar nicht, wenn man verpflichtenden Religionsunterricht einführen will. Genutzt hat es allerdings nichts: Die Berlinerinnen und Berliner erteilten „Pro Reli“ gleich eine doppelte Abfuhr – denn der Entscheid scheiterte nicht nur am notwendigen Quorum, sondern



die Mehrheit stimmte auch gegen den Gesetzesentwurf. So bleibt nun die Berliner Regelung bestehen.

Wie auch in Bremen gilt in Berlin eine Ausnahme vom Artikel 7 des Grundgesetzes, der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach festschreibt: Die so genannte Bremer Klausel legt in Artikel 141 GG fest, dass Religion in jenen Ländern kein ordentliches Lehrfach sein muss, in denen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des GG bereits andere Regelungen galten.

In den Diskussionen um das Grundgesetz 1949 wurde bis zuletzt auch eine viel stärker an Frankreich angelehnte Trennung von Kirche und Staat ohne Religionsunterricht diskutiert. Doch letztlich setzte sich jener Passus durch, der nunmehr seit sechzig Jahren für staatlich finanzierten und verpflichtenden Religionsunterricht an den meisten Schulen der Republik sorgt. Da eine diesbezügliche Grundgesetzänderung nicht in Sicht ist, werden wohl noch eine Reihe junger Schülerinnen und Schüler den von ihren Eltern ausgewählten Religionsunterricht besuchen müssen.

## Religiöse Bekenntnisse staatlich finanziert

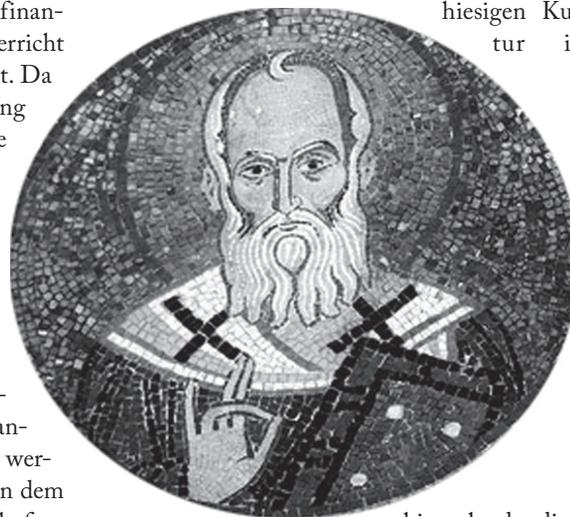
Der Religionsunterricht wird zwar staatlich – teilweise sogar komplett – finanziert, doch die Inhalte des Unterrichts werden nicht vom Staat vorgegeben. Sie sollen dem Selbstverständnis der Religionsgemeinschaften entsprechen. Zwar werden die Lehrpläne von den Ländern genehmigt, doch diese Prüfung beschränkt sich auf grobe Verstöße gegen die elementaren Grundlagen der bundesrepublikanischen Verfassung, also die Menschenwürde und die Grundrechte. Der Unterricht darf die Schülerinnen und Schüler zum Beispiel nicht dazu anleiten, die Rechte von Andersgläubigen zu verletzen.

Doch ob der katholische Religionslehrer die Äußerungen von Papst Benedikt XVI. zur Aidsprophylaxe (Enthaltensamkeit statt Kondome) in Afrika als unfehlbare Weisheit preist, das bleibt ihm überlassen. Auch müssen katholische Religionslehrer und -lehrerinnen so leben, wie

es ihre Kirche vorgibt: Unverheiratet zu sein und dennoch einen Lebenspartner zu haben, kann schnell zum Problem werden. Mancherorts wird die Lehrerin einfach freigestellt, bis die sittliche Ordnung wieder hergestellt ist. Schließlich darf sie kein schlechtes Vorbild sein.

Auch ob und wie andere Religionsgemeinschaften im Unterricht behandelt werden, liegt hauptsächlich in der Hand der jeweiligen Lehrerin: Ist die katholische Lehrerin eher ökumenisch orientiert, wird sie beispielsweise der evangelischen Kirche nicht den Kirchen-Status absprechen, wie es jüngst der Papst tat. Doch genauso gut kann man auf einen Religionslehrer treffen, der die Juden als zu missionierendes Volk beschreibt, das nur durch die Anerkennung der katholischen Glaubensgrundlagen „erlöst“ werden wird – wie es in der Karfreitagsfürbitte heißt, die der Papst wieder hervorgeholt hat.

Denn auch wenn die Religionsunterrichtsbefürworter nicht müde werden zu betonen, wie wichtig die „Religionskunde“ für das Verständnis der hiesigen Kultur ist



– hierzulande dient

Reli vor allem der religiösen Unterrichtung der eigenen Schäfchen, die man fürchtet, in den Gottesdiensten nicht mehr zu erreichen.

Ein Unterrichtsfach Philosophie, in dem tatsächlich sowohl überkonfessionelle Religionskunde als auch nichtreligiöse ethische Grundprinzipien diskutiert werden, wäre demgegenüber auch hierzulande angesagt – wie es beispielsweise Frankreich vormacht. Denn Religion ist Privatsache – und wer wirklich das Bedürfnis hat, sich religiös unterweisen zu lassen, der oder die wird auch am Nachmittag den Weg in die Gemeinde oder die Moschee finden.

Annett Mängel

Um die Wogen zu glätten, beschwichtigte nun die Hilfsorganisation „Brot für die Welt“ in einer Presseerklärung: „Der Papst hat recht.“ Besser sei es, anstelle von Kondomen Vollkornbrot und holländischen Gouda zu verteilen. Das löste wiederum öffentliche Entrüstung aus. „Lächerlich“, entrüstete sich beispielsweise Linkspartei-Innenminister Lafontaine (65) in der Märkischen Allgemeinen. „Brot mit Gouda - da krieg' ich ja jetzt schon Hunger!“

Womit wieder einige Fragen ungelöst bleiben.

Julian Voigt

# Küssen verboten

Was man mit dem neuen Sexualstrafrecht beim nächsten Date alles zu beachten hat

Wie wir alle wissen, wäre die heutige Situation in der BRD weit besser, hätte es die '68er nicht gegeben. Ohne die würden Frauen noch brav in der Küche stehen und kochen, während der Mann ungestört in der Stammkneipe Lieder von Horst Wessel singen könnte.

Der Hass auf diese Revoluzzer mit ihrer sexuellen Selbstbestimmung mag einer der Gründe sein, warum CDU und SPD im vergangenen Jahr ein neues Jugend-Sexualstrafrecht verabschiedet haben. Dieses soll nach Angaben der Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) „Kinder und Jugendliche besser vor einem Abgleiten in die Prostitution schützen.“ Angeblich zur Erfüllung „internationaler Vorgaben“ werde von nun an ein „Ausgleich zwischen einer ungestörten sexuellen Entwicklung und einem verbesserten Schutz junger Menschen vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch“ geschaffen. Um eine „übertriebene Sexualmoral“ gehe es dabei nicht.

Was sich zunächst gut anhört, heißt jedoch in der Praxis folgendes:

Zukünftig macht sich ein 18jähriger strafbar, wenn er einen 17jährigen ins Kino einlädt und es infolge dessen zu beiderseitig gewollten sexuellen Handlungen kommt. Denn durch die Einladung ins Kino hat der 17jährige so genanntes Entgelt erhalten, das heißt einen geldwerten Vorteil.



Zudem ist Sexualverkehr bei „Ausnutzung einer Zwangslage“ verboten. Diese Formulierung ist jedoch nicht klar definiert. So kann sich eine Person bereits in einer Zwangslage befinden, die einen Bus verpasst und einen Platz zum Übernachten sucht. Verbringt diese Person deshalb die Nacht im Haus einer FreundIn, wo es zu beiderseitig gewolltem Sexualverkehr kommt, so kann dies nach neuem Gesetz ausreichen, um einen Straftatbestand zu erfüllen. Angenommen, dieseR FreundIn macht der Person nur

Annäherungsversuche, welche abgeschmettert werden, so kann darin ein Versuch gesehen werden, welcher ebenfalls strafbar ist. Sämtliche sexuellen Handlungen, welche nicht aus dem luftleeren Raum entstehen, stellen nun Straftaten dar.

So kommentiert Jerzy Montag, rechtspolitischer Sprecher der Grünen, die Situation in einem taz-Interview wie folgt: „Die Regierung ist dabei, Streicheln, Küssen und Petting unter Strafe zu stellen. [...] Hier geht es meines Erachtens nicht um Opferschutz, es werden massenhaft Täter produziert. Und diese angeblichen Täter werden viel jünger sein als bisher.“ Zu einer konsequenten Verfolgung küssender Paare wird es beim momentanen Justizzustand jedoch nicht kommen. Dafür sind die materiellen Grundlagen nicht gegeben. Dies muss jedoch nicht heißen, dass es in Folge dieses moralischen Feldzuges zu keinerlei Anzeigen kommt. So ließe sich das neue Gesetz nutzen, um einzelne Gruppen oder Individuen - wie beispielsweise Straßenkinder - denen man mit der bisherigen Gesetzeslage nichts anlasten konnte, mit Repression zu belegen.

Um unfreiwillige Prostitution von Jugendlichen wirkungsvoll zu verhindern, wäre die Einführung eines Schülergrundeinkommens eine bessere Möglichkeit als solch ein Gesetz. Ein Grundeinkommen ließe materielle Zwänge, sich bis zur Volljährigkeit unter ökonomischem Zwang zu verkaufen, erst gar nicht aufkommen, wenn Menschen während ihrer gesamten Ausbildungszeit versorgt werden.

Moritz Matthe

## ANZEIGE

**Diese Zeit braucht diese Tageszeitung**

**Jetzt 3 Wochen gratis**

Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an: 0 30/53 63 55-44

**TESTABO / ABO**

Ja, ich teste die **junge Welt** für 3 Wochen kostenlos  
Probeabo endet automatisch

Ja, ich abonniere die **junge Welt** für mindestens ein halbes Jahr

Frau  Herr

Name/Vorname tendenz \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Straße/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich) \_\_\_\_\_

**Ich bestelle das**

Normalabo (mtl. 28,90 Euro),  
 Solidaritätsabo (mtl. 37,10 Euro),  
 Sozialabo (mtl. 22,10 Euro).

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.

**Ich bestelle zusätzlich das**

Internetabo (zum vergünstigten Preis von mtl. 5,00 Euro).

**Ich bezahle das Abo**

monatlich (nur mit Bankeinzug),  
 vierteljährlich (3 % Rabatt),  
 halbjährlich (4 % Rabatt),  
 jährlich (5 % Rabatt).

per  Einzugsermächtigung  
 Rechnungslegung

**Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:**

Kontoinhaber \_\_\_\_\_

Geldinstitut \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Kontonummer \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

**Als Dankeschön für ein reguläres Abo erhalte ich als Prämie:**

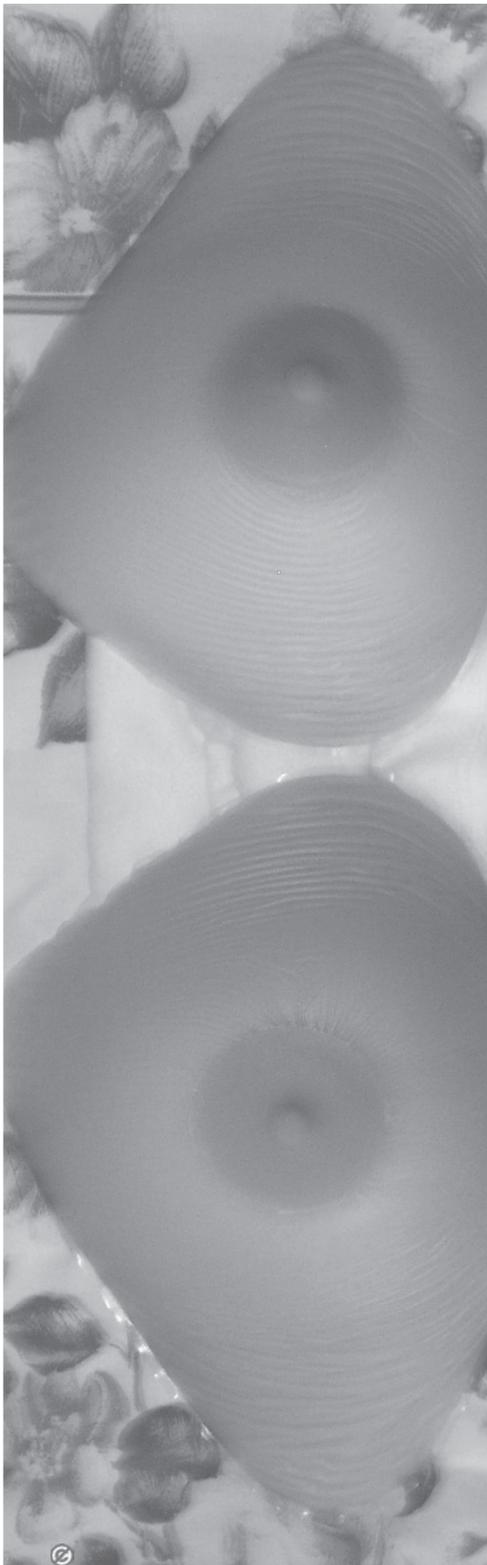
**STOPP NATO!**  
Konstantin Brandt/Karl Rehbaum/  
Rainer Rupp/GRH e.V. (Hrsg.)  
STOPP NATO 860 Jahre NATO –  
60 Jahre Bedrohung des Friedens  
Verlag Wiljo Heinen, März 2009,  
Taschenbuch, 318 Seiten.

Ich verzichte auf eine Prämie

# Mehr als bis 2 zählen

## Eine queere Kritik am Transsexuellengesetz

Obwohl das Bundesverfassungsgericht Ende 2007 entschieden hat, dass das Transsexuellengesetz bis August 2009 reformiert werden muss, hat sich bislang noch nichts bewegt. Progressives ist vom Innenministerium aber auch nicht zu erwarten. Auch in der Debatte sind radikal-emanzipatorische Stimmen kaum zu hören. Um Abhilfe zu schaffen, wird hier die Kritik am Transsexuellengesetz in seinen gesellschaftspolitischen Kontext gesetzt und mögliche Punkte für eine weitere Debatte aufgezeigt.



In queer-feministischen Ansätzen wird Geschlecht als soziales Konstrukt begriffen, das „physisches Körpermaterial“, Sexualität und soziale Geschlechterrollen miteinander verknüpft. Dieser Prozess beruht auf der Konstruktion zweier „Gesamtpakete“, die als naturgegeben gelten: nämlich „Mann“ und „Frau“. In diesen Gesamtpaketen wird eine Kausalreihe gezogen, die ausgehend von spezifischen Körpermerkmalen auf die Zuordnung zu einer der beiden Gruppen auf ein mit dieser Gruppe verknüpftes heteronormativ sexuelles Begehren (heterosexuelle Paarbeziehungen) und daran anschließend auf gewisse Funktionen und Eignungen schließt (zum Beispiel Kinder zu bekommen und aufzuziehen). All diese Komponenten gehören zusammen und haben sich in historisch-sozialen Prozessen zum Geschlecht verdichtet - auch wenn die beiden letztgenannten Komponenten in den vergangenen Jahren gesellschaftlich und rechtlich aufgeweicht wurden. Insgesamt sind diese Gesamtpakete als Norm fest etabliert und haben sich tief in gesellschaftliche Verhältnisse, Denk- und Gefühlsstrukturen eingegraben. Über diese Norm werden im Zusammenspiel mit Rassistisierung, Klassenzugehörigkeit etc. - Hierarchien hergestellt und reproduziert, die den Zugang zu gesellschaftlichen Möglichkeiten regulieren.

Sozial nicht tolerierte Normabweichungen wurden und werden kriminalisiert und/oder als „Krankheit“ dargestellt. Ganz zu schweigen von den vielfältigen Ausgrenzungen im sozialen Umfeld, auf der Straße, in der Arbeitswelt usw., die von offen gewalttätig bis unbewusst-versteckt reichen.

In diesem Kontext befindet sich auch das Transsexuellengesetz: Das Auseinanderfallen von individueller Geschlechtsidentität und Zuordnung nach der Geburt zu einem Gesamtpaket, das eine andere Geschlecht-

sidentität vorsieht, wird als eine seelische Störung verstanden. Diese muss als psychische Krankheit diagnostiziert werden, um in den Genuss eines Gesetzes kommen zu können, das sich groteskerweise als Ausdruck des im Grundgesetz verbürgten Persönlichkeitsrechts versteht.

Die Behandlung der „Störung“, so leben zu wollen, wie man sich selbst sieht, geht noch weiter: Das Erfordernis der geschlechtsanpassenden (!) Operation zeigt, dass für die rechtliche Anerkennung als Person, ein normierter Körper gefordert wird. Ein vergeschlechtlichter Körper wird sofort mit spezifischen Fähigkeiten und sozialen Aufgaben verknüpft: Ein Kind gebären und aufziehen? Mit der vom Transsexuellengesetz geforderten Zwangssterilisation nicht machbar, wenn man rechtlich als Mann leben will. Durch diese Anforderungen führt das Transsexuellengesetz zu wesentlich mehr Operationen und Sterilisationen. Mit anderen Worten: Um in dieser Gesellschaft als Geschlechtswesen Anerkennung zu finden, lassen sich Menschen zunähen, kastrieren, amputieren, sterilisieren und mit Hormonen voll pumpen. Mit massiven Eingriffen wird eine binäre Geschlechterlogik hergestellt und aufrechterhalten. Das zeigt das Transsexuellengesetz an den ausfasernden Rändern dieser konstruierten

Ordnung in aller Deutlichkeit.

Da stellt sich zu Recht die Frage: Wieso sollen immer nur zwei Gesamtpakete möglich sein? Erscheint nicht vielmehr eine Gesellschaft wünschenswert, die sich von Gesamtpaketen verabschiedet und für geschlechtliche Selbstbestimmung jenseits binärer Logiken öffnet? Beantwortet man das mit Ja, reicht es nicht aus, bei einer „toleranzpluralistischen“ Integration von

Weiter Seite 14 ...

„Betroffenengruppen“ stehen zu bleiben. In der Debatte um das Transsexuellengesetz wird richtigerweise viel von Persönlichkeitsrechten und Selbstbestimmung geredet. Die meisten Debattenbeiträge übersehen aber eines: Die Art und Weise, wie ich mich entscheide, mein Leben zu gestalten, findet in machtvollen gesellschaftlichen

Bundesverfassungsgericht mehrfach Teile des Transsexuellengesetzes für verfassungswidrig erklärt und den Gesetzgeber wiederholt zu einer grundlegenden Reform aufgefordert, die den gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung trägt.

Es ist jedoch zu erwarten, dass die Bundesregierung lediglich einige kleine Verfah-



Rahmenbedingungen statt. Diese einfach auszublenden und eine individuell verantwortete Selbstbestimmung auszurufen, greift zu kurz. Radikal emanzipatorische Ansätze verfolgen vielmehr, Normierungslogiken und mit solchen Differenzziehungen verbundene Ein/Ausgrenzungsstrukturen zu überwinden. Ziel ist es, gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, in denen Menschen real und nicht nur auf dem Papier ihre Lebensweise selbst bestimmen können - das ist unter einem gehaltvollen Persönlichkeitsrecht zu verstehen!

Die aktuellen politischen Entwicklungen geben für eine entsprechende Reform des Transsexuellengesetzes aber wenig Mut zur Hoffnung. Zwar hat das

rensenfragen ändern und verfassungsrechtliche Minimalösungen übernehmen wird. Primäres Motiv ist wohl, schnell und heimlich das Nötigste zu tun und so die Debatte um die Privilegierung der heteronormativen Ehe-Konzeption zu umgehen. Genau daran hatten sich zentrale Bundesverfassungsgerichtentscheidungen und politische Mobilisierungen aufgehängt.

Die Reform des Transsexuellengesetzes bietet aber durchaus Potential, um Grundannahmen der Geschlechterordnung diskursiv unter Rechtfertigungsdruck zu setzen. Dadurch verschieben sich

gleichzeitig auch die strategischen Möglichkeiten, wichtige Bastionen der Geschlechts-

*Ziel ist es, gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, in denen sich Menschen real und nicht nur auf dem Papier ihre Lebensweise selbst bestimmen können*

### Transsexuellengesetz (TSG)

- Gesetz über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen erlassen 1980
- ermöglicht Personen, die sich ihrem bei Geburt zugeordneten Geschlecht nicht (mehr) angehörig fühlen, zwei Varianten
- kleine Lösung: Änderung des Vornamens, Anspruch auf eine entsprechende Anrede, neuer Pass

- große Lösung: personenstandsrechtliche Anerkennung im neuen Geschlecht, gleichwertig alle Rechte und Pflichten, die diesem Geschlechtsstatus entsprechen
- Voraussetzungen: Gutachten, die von einer psychiatrischen „Diagnose“ der dauerhaften Transsexualität ausgehen; für die große Lösung zusätzlich: unverheiratet und dauerhaft fortpflanzungsunfähig zu sein (Sterilisation), Operationen an den äußeren Geschlechtsmerkmalen

### Queer

- amerikanisches Schimpfwort gegen Schwule, Lesben, Transgender; bedeutet verquer, absonderlich, pervers

- Trotzig eigneten sich Lesben, Schwule, transgender und kritische gender-AktivistInnen den Begriff als Selbstbezeichnung an; zudem entwickelten sich wissenschaftlich-theoretische Ansätze, die sich als queer theory, legal queer studies, queer-feministische Geschlechterforschung etc. bezeichnen

- „Queer ist eine spezifische Perspektive auf dem breiteren Feld sexueller Politiken, (...) die sich gegen gesellschaftliche Regulierungen von Sexualität richten, mittels derer Hierarchien (...) geschaffen bzw. Ausgrenzungen oder Diskriminierungen von einzelnen oder Gruppen gerechtfertigt werden. Politiken demnach, die sich für eine Unterschiedlichkeit sexueller Praktiken, Beziehungen oder Identitäten und für gleichberechtigte Möglichkeiten (...) individueller und sozialer Existenzweisen einsetzen. Politiken also, die (...) auf eine Entprivilegierung normativ heterosexueller Ordnung und einen entsprechenden gesellschaftlichen Umbau zielen.“ Zitat aus *quaestio, Queering Demokratie sexuelle Politiken*, quer-Verlag, Berlin 2000

konstruktion im Recht weiter abzubauen. Gender-AktivistInnen und sonstige VerfechterInnen radikaler Emanzipationsbestrebungen sollten sich diese Diskussion also nicht entgehen lassen. Zumal es hier in der Sache um nichts weniger geht, als eine entschieden weniger restriktive und gewalttätige Rechtspraxis zu erstreiten.

Dieser Beitrag macht sich daher stark für eine Reform, die Zwangsoperationen und sterilisationen ebenso abschafft wie die Definition Transsexueller als psychisch krank durch das Gutachtenwesen. Der eigene Antrag beim Standesamt muss für die Feststellung des rechtlichen Geschlechtsstatus ausreichen. Dafür bedarf es aber keines eigenen Gesetzes. Also: Transsexuellengesetz auflösen und ein progressives Personenstandsrecht schaffen.

Friederike Boll  
(Bundesarbeitskreis Geschlechterverhältnisse)  
<http://transsexuellengesetz.blogspot.de>

# Ein Gründungsmythos für Deutschland

## Arminius im Dienst des alten und neuen Nationalismus

**Der Cheruskerfürst Arminius, der vor 2000 Jahren im Dienste Roms ein Heer germanischer Hilfstruppen an der Weser befehligte, erlangte Bekanntheit durch seinen Verrat am Imperium: Er ließ seine Truppen einen Hinterhalt legen, dem drei Legionen des Varus zum Opfer fielen.**

### Germanen gegen das Imperium

1800 Jahre später sah sich Preußen durch den Vormarsch napoleonischer Truppen bedroht. Es wurde ein nationaler Mythos gesucht, der die Moral der antifranzösischen Truppen stärken und ein deutsches Nationalbewusstsein befeuern sollte. Gefunden wurde mit Arminius eine historische Figur, die schon in der Reformationszeit zum deutschen Helden „Hermann“ umgedeutet worden war.

Die ihm zugeordnete Rolle war die des heroischen Einigers Germaniens in Verteidigung gegen die fremde, römische Imperialmacht. Das im Teutoburger Wald errichtete Hermannsdenkmal hebt sein Schwert gegen Frankreich und beschwört deutsche Einigkeit und Stärke. Dabei wird die Vorstellung eines einigen Germanien zum Gründungsmythos Deutschlands, als stünde „Deutschland“ in der Kontinuität eines „germanischen Volkes“. Statt also, wie in Frankreich, die Staatslegitimation aus einer bürgerlichen Revolution zu ziehen, wurde auf eine völkische Konstruktion zurückgegriffen. Auch später wurden deutsche Anführer gern in „Hermanns“ Tradition gestellt.

### Deutsche gegen „Fremde“

Heinrich von Kleists Stück „Die Hermannsschlacht“ wurde im NS-Theater gefeiert. Das mag verwundern, denn Kleist beschrieb Arminius als skrupellosen Guerillataktiker und Lügner. Aber genau diese Skrupellosigkeit, die bei Ergebenheit unter das hohe Ideal der nationalen Befreiung selbst den gemeinsten Aktionen den Ruch alternativloser Realpolitik verleiht, passte hervorragend in die Zeit. Denn nur das Endziel wird hier als Maßstab anerkannt. Was diesem aber tatsächlich dienen soll, musste durch die NS-Führer als „Hermanns“ angeblichen Nachfolgern bestimmt werden. Die Wehrmacht folgte diesem Führerprinzip mit ihrem Schwur auf die Person Hitlers und dem planmäßigen Terror gegen ZivilistInnen.

Wenn auch heute mehr oder weniger bewaffnete rechte Banden ihren „Hermann“ heranziehen, gefällt ihnen folgendes Zitat aus Kleists Drama vielleicht am besten: „Die ganze Brut,

die in den Leib Germaniens / Sich eingefilzt, wie ein Insektenschwarm, / Muss durch das Schwert der Rache jetzo sterben“. Der NS-Ideologe Alfred Rosenberg schrieb 1932 in einer Rezension des Stückes: „Wir wissen, dass heute Juden, Polen und Franzosen die ‚ganze Brut‘ ist, die in dem Leib Germaniens sich eingefilzt wie ein Insektenschwarm.“

### Nationale Untergangphantasien

Entsprechend wird die Varusschlacht als Ausgangspunkt eines seit zwei Jahrtausenden andauernden Befreiungskampfes der Deutschen gegen Überfremdung gefeiert, und plötzlich kann sich jedeR Rechte beim Zusammenschlagen „Fremder“ in der Tradition eines großen mythischen Schlachtenlenkers sehen. Aber auch die weltpolitische Dimension bleibt nicht ausgespart: „Vor 2.000 Jahren, da schlossen sich die germanischen Stämme zusammen, um sich gegen die USA der Antike zur Wehr zu setzen“, schrieb die NPD im März 2009. Dabei darf selbstverständlich der Jammer um kulturelle Identität nicht fehlen: „Dieser Hermann oder Arminius ersparte den Germanen die Fremdherrschaft Roms und sorgte dafür, das sich jene Kultur, aus der später die deutsche werden sollte, ungestört entwickeln konnte.“

Der Historiker Alexander Demandt behauptete im Gespräch mit dem SPIEGEL: „Arminius hat die Romanisierung Germaniens verhindert. [...] Auch [die deutsche Sprache] hät-



te nicht überlebt. Sie wäre ebenso ausgestorben oder marginalisiert worden. Goethe und Shakespeare hätte es nie gegeben.“ Was Shakespeare mit der deutschen Sprache zu tun hat, erklärt Demandt nicht und ignoriert die Tatsache, dass regionale Sprachen in römischen Provinzen sehr wohl weiter gesprochen wurden. Er bedient jedoch die gleichen Ängste um den Verlust einer nationalen Kultur. Solch ein ewig beleidigter Nationalismus ist nicht allein für ein paar Nazis gepachtet, sondern durchaus mehrheitsfähig. Weil die Angst vor „Überfremdung“ ein Mobilisierungspunkt ist, der beleidigte Stammtischgeschwister zum brandschatzenden Mob machen kann, kann die Varusschlacht nicht behandelt werden, ohne vom völkischen Nationalismus zu sprechen.

*Andres Sadowsky*

### ANZEIGE

## Wilde Mischung

Der größte Teil der verwendeten Bohnen stammt aus Äthiopien, der Wiege des Kaffees. Abgerundet wird die spezielle taz-Mischung mit Bohnen aus Uganda und Tansania.



tazpresso



T (0 30) 25 90 2138  
tazshop@taz.de  
www.taz.de/tazpresso

die tageszeitung



## JungdemokratInnen/Junge Linke

# Das linke Camp zur rechten Zeit!

**31. Juli - 09. August**

**Aggertalsperre (30min von Köln)**

**See, Sonne, Politik - Ausspannen  
von anstrengenden Verhältnissen**

**www.linkessommerncamp.de**



## Termine

**3.-5. Juli**  
Seminar zu Geschlechter-  
verhältnissen in Berlin

**18.-20. September**  
Seminar zu Postfaschis-  
mus in RLP

**11.-13. September**  
Seminar zu  
Wirtschaft und Soziales  
in Hessen

**9.-11. Oktober**  
Radikaldemokratisches  
Wochenende in Leipzig

**4. Juli**  
Tagesseminar zu  
Verschwörungstheorien  
in RLP

## Selbstdarstellung

### parteiunabhängig

JungdemokratInnen gibt es seit 1919 mit wechselvoller Geschichte. Bis 1982 war JungdemokratInnen Jugendorganisation der FDP, von der man sich jedoch seit 1968 mit dem Einzug antiautoritärer und antikapitalistischer Ideen in die Theorie des Verbandes zunehmend distanzierte. Die Trennung nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition, als die FDP Kohl zum Kanzler mitwählte, stellte nur noch das Ende eines lang andauernden Prozesses dar. Seitdem sind Jungdemokraten parteiunabhängig.

### außerparlamentarisch

JungdemokratInnen/Junge Linke sehen im Gegensatz zur herrschenden Ideologie keine Möglichkeit, allein über Parlamente und Parteien tiefgreifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Parlamente sind unserer Ansicht nach zwar demokratische Errungenschaften, doch ist ihr Einfluß begrenzt. Für uns sind Parteien von großer Bedeutung für kleine Reformen. Vertrauen verdienen sie nicht.

### für radikale Demokratie

JungdemokratInnen/Junge Linke sehen in der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. in der Überwindung autoritärer und hierarchischer Strukturen, die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Gestaltung aller Lebensverhältnisse eines jeden Einzelnen. Weil entscheidende Bereiche demokratischer Kontrolle entzogen (wie z.B. in der Wirtschaft) oder autoritär organisiert sind (wie z.B. in der Schule), kritisieren wir den undemokratischen Charakter dieser Gesellschaft und treten für ihre Veränderung ein.

### für Emanzipation

JungdemokratInnen/Junge Linke setzen sich für die Emanzipation des Einzelnen und für gesellschaftliche Verhältnisse ein, die Selbstbestimmung umfassend ermöglichen. Befreiung des Einzelnen von Herrschaft und Unterdrückung und die Schaffung einer emanzipatorischen Gesellschaft sind für uns untrennbar miteinander verbunden.

### Korrektur:

In der letzten Ausgabe der tendenz ist der Redaktion eine Bearbeitungsfehler unterlaufen, den wir jetzt richtig stellen möchten.

Im Artikel „Adé Grundgesetz“, Seite sechs steht: „Bayern erließ als erstes Bundesland ein eigenes Versammlungsgesetz, Baden-Württemberg folgte im November 2008.“

Richtig ist: „... Baden-Württemberg folgte mit dem Polizeigesetz, das Versammlungsgesetz sollte Anfang 2009 folgen.“

Wir bitten die Autorin um Entschuldigung.

### Bildrechte:



Seite 6: flickr\_Dr Case



Seite 5: flickr\_Don Melito



Titelseite: flickr\_malfet

Seite 4: wikicommons\_Bundesarchiv\_Bild\_183-R1208-015

Seite 11: flickr\_Allie Caulfield

Seite 12: flickr\_pedrosimoes

Seite 13: wikimedia\_Alice Markham

Seite 14: flickr\_sheilatostes

Seite 15: flickr\_Beige Alert

## Impressum:

### JungdemokratInnen/Junge Linke (JD/JL) Bundesverband

Greifswalder Straße 4,  
10405 Berlin;  
Tel.: 030 / 440 248-64, Fax: -66;  
info@jdbl.org / www.jdbl.org

Die Publikation wird mit Mitteln des BMFSFJ gefördert.

### Redaktion

Gunther Heinisch, Lasse Klopstein, Felix Werdermann,  
Werner Hager, Stephan Wald, Konrad Macholdt (V.i.S.d.P.)

**Gestaltung:** Vera Wallrodt

**Druck:** Union-Druck, Berlin

tendenz kostet im Abo 4,- Euro/Jahr. Im Mitgliedsbeitrag von JD/JL ist dieser Betrag bereits enthalten.

### Eigentumsvorbehalt

Diese Zeitung bleibt so lange Eigentum der JD / JL, bis sie der Adressatin oder dem Adressaten vollständig ausgehändigt ist.

tendenz versteht sich als offenes Publikationsorgan. Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht zwingend die Meinung der Redaktion wider.